

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

46. Jahrgang.

Donnerstag, den 29. Juni

Ercheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insetionspreis: die
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 25 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Nr 75.

1899.

Wegeperrung betr.

Wegen Anbringung von Packlagern, Beschotterns und Abwalsens wird der innerhalb Eibenstocker Staatsforstreviers gelegene Theil des von Schönheiderhammer nach Wilzschhaus führenden Kommunikationsweges, und zwar zwischen der Bretschneider'schen Papierfabrik und dem großen Niederthalen

vom 1. Juli dieses Jahres ab bis auf Weiteres für allen Fahrverkehr gesperrt und der letztere auf die alte Kautenkranz-Eibenstock bez. Wilzschhaus-Schönheider Straße verwiesen.
Schwarzenberg, den 22. Juni 1899.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.
Krug v. Ridda.

Bekanntmachung und Bitte.

Den zu dem unterzeichneten Verein zur Förderung christlicher Liebeswerke gehörigen Kirchengemeinden Eibenstock, Carlseid, Schönheide, Cosa und Stühengrün wird hierdurch ergebenst mitgetheilt, daß die diesjährigen Sammlungen von Liebesgaben mit Genehmigung der zuständigen Behörden in den Monaten Juni und Juli stattfinden werden.
Da der unterzeichnete Verein die Zwecke der äußeren und inneren Mission, der Bibelverbreitung und der Gustav-Adolf-Stiftung zu fördern bestimmt ist, so darf wohl der unterzeichnete Vereinsvorstand der Zuversicht sein, daß seine herzliche Bitte um wohlthätige Unterstützung auch der diesjährigen Sammlung durch Gaben der Liebe geignetes Gehör und willige Herzen finden werde.
Ueber Ort und Zeit des abzuhaltenen Jahresfestes wird seiner Zeit Mittheilung erfolgen.
Eibenstock, den 19. Juni 1899.

Der Vorstand des Zweigvereins zur Förderung christlicher Liebeswerke.
P. Gebauer, Vorsitzender.

Holz-Versteigerung. Staatsforstrevier Auerberg. In Dendel's Hotel in Schönheiderhammer sollen

Dienstag, den 4. Juli 1899, von Mittags 1 Uhr an

1015	Stück weiche Stämme,	10-15 cm Mittenstärke,	11-30 m	} in den Abth. 15, 21, 22, 25, 55 (Kahl- schläge), 57, 59 (Ab- säumungen), 63 und 64 (Durchforstungen),
951	" "	16-22	lang,	
724	" "	23-45	" "	} 3., 3., u. 4. o m lang,
98	harte Stöcke,	8-15 "	Oberstärke,	
147	" "	16-22	" "	} 3., 3., u. 4. o m lang,
296	" "	23-71	" "	
4866	weiche "	7-15	" "	} 3., 3., u. 4. o m lang,
2949	" "	16-22	" "	
2166	" "	23-54	" "	} 3., 3., u. 4. o m lang,
122	Verhängen,	8-12 "	Unterstärke,	

sowie im Hotel „Stadt Leipzig“ in Eibenstock

Mittwoch, den 5. Juli 1899, von Vormittags 8 Uhr an

138	rm harte,	154 1/2	rm weiche Brennweite,	} daselbst,
62 1/2	" "	122 1/2	Brennküppel,	
131 1/2	" "	38	Aeste	} daselbst,
	" "			

versteigert werden.

Königliche Forstrevierverwaltung Auerberg in Eibenstock, sowie Königliches Forstrentamt Eibenstock, am 27. Juni 1899.

Schmann.

Gerlach.

Der Reichstag.

Ein Rückblick auf die nach Analogie des Vorgangs von 1896/97 bis zum November vertagte, nicht geschlossene Session, kann nur mit mäßiger Befriedigung erfüllen. Der Reichstag hat seit seiner Eröffnung am 6. Dezember in 6 1/2 Monaten 99 Sitzungen abgehalten und namentlich in den Kommissionen, betreffs deren des Guten nur zu viel geleistet wurde, manches Stück fleißiger Arbeit vor sich gebracht; daneben aber auch durch das leider immer mehr üblich gewordene Neben zum Fenster hinaus viel Zeit verloren.

Zunächst ist dem Reichstag gutzuschreiben, daß er den Reichshaushalt rechtzeitig erledigt hat, obwohl die Etatsdebatte wahrlich nicht kurz war und in 34 Sitzungen, welche sie in Anspruch nahm, gewaltige Reibeflüsse brachte. Allein auf den Etat des Reichsmittels des Innern wurden sieben Sitzungen verwendet, auf den Militäretat sechs usw. Die Kriegsmarine, deren Ausbau ja 1898 auf sechs Jahre festgelegt ist, bot diesmal keinen Anlaß zu längeren Erörterungen oder Kämpfen. Leidlich befriedigend hat der Reichstag die Militärvorlage, welche umfangreicher ausfiel, als erwartet wurde, erledigt. Allerdings wurden an der Mehrforderung von 23,000 Gemeinen 7000, also fast der dritte Theil, gestrichen und momentan gestaltete sich dadurch die Situation kritisch. Doch das Zentrum fand einen Ausweg und stellte die nachträgliche Bewilligung in Aussicht, „wenn sich bei Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes die nachweisliche Unmöglichkeit ergeben sollte, mit der Friedenspräsenzstärke von 495,000 Gemeinen, Befreiten und Obergestritten die zweijährige Dienstzeit aufrecht zu erhalten.“ Da die Heeresvermehrung nur successive in fünf Jahren stattfinden soll, also die gestrichenen 7000 Mann nicht alsbald gebraucht werden, konnte regierungsfreudig auf das Kompromiß eingegangen werden und, nachdem die Kriegsverwaltung bereits klar und bestimmt erklärt hatte, die ganze Präsenzvermehrung unbedingt zu brauchen, dürfte sich der Reichstag von vornherein keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Nachforderung bald kommen wird und dann genehmigt werden muß. Bei der sehr günstigen Lage der Reichsfinanzen können die dauernden Mehrlasten für das Heer aus vorhandenen Mitteln bestritten werden, von irgend einer Steuererhöhung deshalb ist nicht die Rede. Einen guten Eindruck machte es, daß die Heeresvorlage, wie das vorjährige Marinegesetz mit beträchtlicher Majorität im Reichstag angenommen wurde, während bekanntlich 1893 die Heeresvermehrung erst nach einer Reichstagsauflösung mit wenig Stimmen Mehrheit mühselig durchgebracht wurde.

Ferner hat der Reichstag den Gesetzentwurf angenommen, welcher die Errichtung eines bayerischen Senats beim Reichsmilitärgericht betrifft. Damit ist eine Streitfrage aus der Welt geschafft, welche ungebührlich die Kämpfe aufwühlte. Lange Verhandlungen und ziemlich harte Kämpfe erhoben sich um die Banknovelle, die das Privilegium der Reichsbank auf zehn Jahre verlängert. Die von der Rechten gemachten Versuche, die Verstaatlichung der Reichsbank anzubahnen, wurden abgelehnt und die bewährten Grundlagen der Reichsbank beibehalten; indes reduziert das neue Gesetz weiter den Gewinn der Anteilseigner zu Gunsten des Reichs. Es ist auch bereits vom Bundesrath verabschiedet. Eine schwierige und fleißige Arbeit hat der Reichstag mit Fertigstellung der Novelle zum Invalidengesetz geleistet. Das hochwichtige Gesetz, welches zeigte, wie unsere sozialpolitische Gesetzgebung keineswegs zum Stillstand gelangt ist, bringt wesentliche Verbesserungen, Erhöhung der Rentenhöhe, Verkürzung der Wartezeit, Erleichterung der Erlangung der Renten und Erweiterung des Kreises der

Versicherungsberechtigten, bessere Verteilung der Lasten unter den Anhalten zur Hilfe der nothleidend werden den ländlichen, eventuell örtlichen Rentenstellen u. Bemerkenswerth war, daß dieses Mal selbst die Sozialdemokratie für das fast einstimmig angenommene Invalidengesetz stimmte. Im Uebrigen wurden aus dem Hause verschiedene sozialpolitische Experimente vorgebracht, auf welche einzugehen die Reichsregierung mit vollem Recht sich weigert, und die, wie die Anträge Heyl-Wassermann, selbst von den meisten, einen rascheren Fortschritt der Sozialpolitik befürwortenden Rednern als unausführbar erklärt wurden. Eine Reihe von zu Stande gekommenen Entwürfen betrifft Handelsbeziehungen zu anderen Ländern, so der, welcher in gleicher Weise wie bisher das Handelsverhältnis mit England auf ein Jahr verlängert, und die Vereinbarungen zwischen dem deutschen Reich einerseits sowie Spanien, Brasilien und Uruguay andererseits. Von den dem Reichstage zugestellten Justizgesetzen ist der Hypothekensanktioniensentwurf unter Dach und Fach gebracht. Von kleineren Entwürfen sind außerdem erledigt die Novelle zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, das Gesetz betreffend den Reichsinvalidenfonds, welches endlich weitere Mittel zur Unterstützung bedürftiger Kriegsinvaliden gewährt und die Pensionen von Hinterbliebenen erhöht; ferner das Gesetz über die Gebühren für die Benutzung des Kaiser Wilhelm-Kanals und das über das Flaggenrecht der Kaufahrtschiffe.

Als eine immerhin erfreuliche Erscheinung ist zu verzeichnen, daß auch im Reichstag für unsere Auswärtige Politik und in kolonialen Dingen sich mehr Verständnis und ein größerer Zug gezeigt hat. Bei der Samoa-Angelegenheit ging allerdings die zur Stütze der Reichsregierung wohl angebrachte Kundgebung des Reichstags durch Ueberreifer von einer Seite etwas auseinander; aber die Kaufsumme für die Karolinen wurde mit sehr großer Majorität genehmigt, ebenso weitere Mittel für Kiautschou und die Uebernahme Neu-Guineas auf das Reich.

Lang ist die Liste der unerledigten Vorlagen. Von wichtigeren sind darunter aufzuführen: Der Entwurf betreffend den Schutz des Arbeitsverhältnisses, der in den letzten Tagen in so wenig erquicklicher Weise die erste Lesung passirt hat, der Entwurf einer Reichsschuldenordnung, die Justiznovelle bezüglich der Umwandlung des Boreides in den Racheid, die Novelle zum Strafgesetzbuch, der Entwurf betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, die drei aus dem Reichspostamt stammenden Entwürfe über das Postwesen, Fernsprechgebührenordnung und Telegraphenwege, sowie schließlich das Fleischbeschaugesetz und die Gewerbeordnungsnovelle. Das giebt noch viel Arbeit für den zweiten Theil der Session.

Weiteres gewonnen; sie ist die zweitstärkste Partei. Trotzdem ist der Zusammenschluß der Ordnungsparteien ihr gegenüber eher schlechter als besser geworden.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Einführung des Post-Chefverlehrs und die Errichtung von Post-Chefämtern zum 1. Oktober d., ist durch die Vertagung des Reichstags bis zum November unmöglich geworden. Die betreffende Etatsvorlage liegt zur Zeit noch dem Bundesrath vor, bei dem noch verschiedene Einzelheiten der Einrichtung festzusetzen sind. Nach dem jetzigen Stand der Vorarbeiten dürfte die Vorlage in den Reichshaushaltentwurf für das Rechnungsjahr 1900 aufgenommen werden und mit dem Inkrafttreten des Etatsgesetzes am 1. April l. ihre Bewirkung finden.

— Wie der „Ostaf. Lloyd“ berichtet, erhielt Vice-Admiral v. Diederichs auf der Heimreise in Hongkong ein Schreiben des amerikanischen Kontre-Admirals Dewey, in dem dieser sein Bedauern über die falschen Nachrichten ausdrückte, die in der Presse über ihr Verhältnis vor Manila erschienen wären und dann zur Verhütung beider Völker ausgenutzt worden wären. „Die vom Vice-Admiral von Diederichs ausgesprochene Bitte, diesen Brief gelegentlich veröffentlicht zu dürfen, ist von Kontre-Admiral Dewey bereitwillig zugestanden. Man wird die Veröffentlichung nach der Ankunft des Herrn Vice-Admirals von Diederichs in Deutschland erwarten dürfen.“

— Oesterreich-Ungarn. Wie aus Wien verlautet, wünscht man dort in maßgebenden Kreisen den Zusammentritt der Delegationen für den Monat Oktober. Unter diesen Umständen wäre die österreichische Regierung genöthigt, den Reichsrath längstens Ende September zur Vornahme der Delegationswahlen einzuberufen. Von den Maßnahmen, welche das österreichische Kabinet bis dahin zur Sanirung der Verhältnisse unternimmt, hängt es ab, ob das Parlament normal funktionieren, oder ob neben der Tagung der Delegation in der bisherigen Weise weiter Obstruktion getrieben werden wird. Politische Persönlichkeiten, welche in der letzten Zeit Gelegenheit hatten, mit dem Kaiser in Berührung zu kommen, sollen den Eindruck erhalten haben, daß die Krone bezüglich der Sanirung des Parlaments jene Anschauungen billigt, die der Obmann der katholischen Volkspartei Dr. Rathrein in den beiden letzten Sitzungen des Exekutivkomitees der Rechten zum Ausdruck gebracht hat und die darin gipfeln, daß durch die Publikation des Pfingstprogramms der deutschen Parteien der Moment und die Operationsbasis zur Einleitung einer Verständigungs-Aktion mit den Deutschen gegeben sei. In Verbindung damit werden die Äußerungen des Ministerpräsidenten Grafen Thom gebracht, welche auch er in den Sitzungen des Exekutivkomitees bezüglich der Einleitung einer Verständigungsaktion mit den Deutschen gemacht hat und die sich an jene des Obmannes der katholischen Volkspartei anlehnen.

— Rußland. Die Hoffnung des Zarenpaares auf einen direkten Thronerben hat sich nicht erfüllt. Die Kaiserin hat am Montag obermals einer Tochter das Leben gegeben, die den Namen Maria erhielt.

— Frankreich. Nach einer stürmischen Sitzung hat am Montag das neue französische Kabinet Waldeck-Rousseau-Gallifet-Millerand mit der knappen Majorität einiger zwanzig Stimmen den Sieg davongetragen und ein „Vertrauens-

Schmugler
Verdächtigungen der Preis
balden-25-16 zu Ghennidj
bei Kibabine b. 10,000 kg.
tod
Jnger
ers.
n ganz
st ein.
seine
Rum,
in be-
n.
en
d. Bl.
mm.
Grad.
175 Pf.
abahn.
Abb.
10,58
11,18
11,28
11,27
11,36
11,42
m. 75.
8,40
8,54
7,96
7,55
8,06
8,20
8,26
8,32
8,44
8,58
9,07
9,27
9,15
9,28
9,59
10,15
10,30
10,30
11,01
11,40
Aue
yrende
9,28
9,36
9,52
10,08
10,18
alt:
dur a.
lung).